

NOCHTEN *heute*

DAS AKTUELLE NACHRICHTENBLATT IM ZEITALTER DER ENERGIEWENDE



**Mit Pödelwitz ging
man genauso um
SEITE 2**

**Sonderfeld Muhlrose:
Wer entscheidet wann?
SEITE 4-5**

**Was das Ergebnis der
Kohlekommission für
Muhlrose bedeutet
SEITE 6**

SONDERHEFT

Muhlrose

Braunkohlenplanes Nochten abgeschlossen, noch ein Rahmenbetriebsplan genehmigt sein. Beide Verfahren könnten also letztlich mit dem Verzicht auf das Sonderfeld enden.

Das große Versäumnis der Kohlekommission ist, dass sie keine klaren Worte für den Erhalt bedrohter Dörfer und den Verzicht auf neue Abbaugelände gefunden hat. Das hätte schneller Klarheit und Planungssicherheit für alle Betroffenen geschaffen. Der Verzicht auf neue Abbaugelände ist zugleich aber die logische Konsequenz aus den vereinbarten Zahlen. Nach Inkrafttreten eines deutschen Kohleausstiegsgesetzes und einer Einigung der Kraftwerksbetreiber mit der Bundesregierung ist damit zu rechnen, dass der Abbau des Sonderfeldes Mühlrose nicht mehr genehmigt oder die Genehmigung vor Gericht gekippt wird.

Hannelore Wodtke ist Mitglied der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.



Gegenseitig zuhören – lernen sich zu verstehen – gemeinsam handeln!

VON HANS-GEORG BAASKE

Es gibt inzwischen nur noch wenige Orte in der Lausitz, die wie Mühlrose deutlich machen, was wir Menschen mit unserem immer größeren »Hunger nach Energie« einer Landschaft und den dort lebenden Menschen, Tieren und Pflanzen antun. Seit über 50 Jahren fressen sich die Bagger auch in Ihre Landschaft. Schon über 300 Mühlroser haben ihr Heimatdorf verlassen. Und jeden weiteren Tag bewegen sich die Bagger durch den Tagebau Nochten.

Da ist es nur zu gut zu verstehen, dass die Menschen Angst haben. Angst davor, dass auch sie ihre Heimat verlieren, obwohl das Ende der Braunkohleverstromung nun endlich benannt ist und sie nach all den Jahren trotzdem bleiben wollen. Angst davor, dass Menschen nach jahrelangem Ringen und Streiten keine finanziellen Möglichkeiten bekommen könnten, um einen Neuanfang an anderer Stelle zu wagen. Angst haben auch die Menschen, die seit Generationen in der Kohle arbeiten, obwohl überall betont wird, dass der Kohleausstieg sozialverträglich zu gestalten ist.

Uns Christen und unserer Kirche ist der Auftrag gegeben, bei den Menschen zu sein. Das heißt zunächst einmal und ganz zuerst, den Menschen zuzuhören. Unvoreingenommen und ehrlich zugewandt, um dann besser verstehen zu können, wie die Situation ist. Das tun Christ*innen und viele kirchliche Mitarbeiter*innen täglich. Meine Bereitschaft, als Leiter des Umweltbüros

der Landeskirche, zu kommen und zuzuhören, habe ich beim »Osterspaziergang 2018« den Mühlrosern gegenüber erklärt. Diese Bereitschaft besteht weiterhin. Verbunden mit der Bereitschaft zum Zuhören ist zugleich der Auftrag Gottes an uns. Die Bibel ist eindeutig: Gottes Schöpfung geschaffen zum Leben. Entsprechend klar und unmissverständlich ist Gottes Auftrag, seine Schöpfung zu bebauen und zu bewahren. Mit dem Bewahren hapert es aber seit langem. Klimawandel, Umweltzerstörung, Naturverbrauch - das sind Tatsachen, die immer folgenschwerer für uns, für unsere Welt und



vor allem für unsere Kinder, Enkel und Mitgeschöpfe sein werden. Jetzt ist unser Handeln gefragt!

Unsere Landeskirche positioniert sich seit den 90er Jahren deutlich. Im Jahr 2009 hat die Landessynode, das höchste Entscheidungsgremium unserer Kirche, den Beschluss zum »Einstieg in den Ausstieg« gefasst. In diesem wird gefordert:

- sofortiger Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz,
- Verzicht auf Tagebaue neu aufschlüsse,
- Verzicht auf die Abaggerung weiterer Dörfer,
- Verzicht auf den Bau weiterer Braunkohlekraftwerke.
- Durch Auskohlung vorhandener Tagebaue ist ein sozialverträglicher Ausstieg sichergestellt.

»In Verantwortung für die nächsten Generationen und für die Schöpfung« sprechen sich die Synodalen dafür aus, den Strukturwandel in der Lausitz bewusst zu begleiten. Dieser soll eine Zukunft der Region ohne Braunkohleverstromung in absehbarer Zeit ermöglichen. Dabei betonen sie, dass die Landeskirche »politische und seelsorgerische Verantwortung gegenüber allen Betroffenen« hat - das heißt sowohl für die von Abaggerung als auch von Arbeitsplatzverlust Bedrohten. Durch das im September 2017 eingerichtete »Zentrum für Dialog und Wandel« in Cottbus hat unsere Kirche ihr eigenes Engagement noch einmal verstärkt. Hier wird der Strukturwandelprozess kirchlich begleitet und mitgestaltet.

Die Aufgabe, möglichst schnell aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, fordert von uns allen gemeinsame Anstrengungen und zukunftsorientierte Lösungen der Probleme, die heute und in Zukunft anstehen. Das Gute ist: Es gibt ja schon längst Erfahrungen mit dem Strukturwandel in der Lausitz. Zusammen mit den Wissenschaftsstandorten und den gut ausgebildeten Fachkräften sind die Voraussetzungen für einen ernsthaften, intensiv gestalteten und sozialverträglich organisierten Strukturwandel jetzt sehr gut.

Problematisch ist auch der Umgang mit den Menschen, die im Bergbau arbeiten. Sie leben von der Kohle und leben aber auch in der Landschaft, die sie durch den Abbau zerstören. Sie sind nicht für die jahrzehntelangen Versäumnisse von Politik und Wirtschaft verantwortlich.

Auch der Umgang mit den Menschen, die seit Jahren wegziehen wollen, aber hingehalten werden, ist sehr problematisch. Sie, die sich entschieden haben, an anderer Stelle neu anzufangen, brauchen dafür sichere Rahmenbedingungen. Hier ist der Umsiedlungsvertrag der LEAG mit der Gemeinde Trebendorf ein wichtiger Schritt. Dieser Vertrag bedeute keinesfalls das Ende des

Dorfes Mühlrose, denn ein Betriebsplan für das »Sonderfeld Mühlrose« ist bisher weder beantragt, noch geprüft und auch nicht genehmigt! Niemand ist gezwungen wegzuziehen.

Risse, verursacht durch den Braunkohleabbau, gehen nicht nur durch Häuser und Straßen, sondern auch durch Dorfgemeinschaften und Familien. Damit muss Schluss sein und somit muss Schluss gemacht werden mit der Braunkohleverstromung!

Die Herausforderung zur notwendigen Erreichung der Klimaschutzziele 2030 werden wachsen. Die Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg werden nun daran gemessen, wie ernsthaft sie sich für eine Zukunft der Lausitz ohne Kohle einsetzen. Die Zukunft der LEAG hängt davon ab, dass sie sich heute nicht nur um ihre Gewinne kümmert, sondern realistische Rücklagen bildet, um auch langfristig die notwendige Renaturierung ohne Rückgriff auf Steuergelder bezahlen zu können. Die Landesregierungen haben dafür zu sorgen, dass diese Rücklagen tatsächlich gebildet und gesichert werden. Unsere Landeskirche wird auch daran gemessen, wie sie mit ihren Klimaschutzziele umgeht.

Alle Akteure in der Lausitz in ihren unterschiedlichen Situationen, Ängsten und Hoffnungen müssen einbezogen werden. Insbesondere muss die Zivilgesellschaft in die Entwicklung und Umsetzung neuer Projekte für die Lausitz stärker eingebunden werden. Dazu gehören auch Gelder für eigene, zivilgesellschaftliche Projekte, die unabhängig vergeben werden.

Ja, es gibt keine einfachen und für alle gültigen Lösungen. Ja, der Weg in eine gute Zukunft der Lausitz ohne Braunkohleverstromung wird nicht einfacher, aber wir können ihn gemeinsam gehen. Auch und vor allem mit der Zusage Gottes: »Der Friede Gottes sei mit euch allen«.

Umweltbüro der EKBO: Tel. 030-24344-418 oder h.baaske@ekbo.de



Hans-Georg Baaske
ist Leiter des Umweltbüros der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz